Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten ins Haus monatlich [illegible] Mark. Anzeigenannahme: Geschäftsstelle für Auerbach und Umgegend 400 Mark, auswärtige Anzeigen 600 Mark, amtliche Zeile 1000 Mark, Reklame-Zeile 1200 Mark. — Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Auerbergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 128 — Dienstag, den 5. Juni 1923 — 18. Jahrgang

Die Streikwelle.

Im Ruhrrevier ist das Feuer vorläufig gelöscht. Aber niemand weiß, ob es nicht bald wieder emporlodern wird. Alle Berichte stimmen darin überein, daß den kommunistischen Streikagitatoren, so sehr man politisch ihr Vorgehen und besonders ihre verdächtige Anlehnung an die Franzosen bekämpfen muß, die Stimmung der Bevölkerung doch insoweit entgegen kam, als von ihr der Ruf ausging: Billigeres Brot, mehr Lohn! Die Streikwelle ist aber nicht auf das Ruhrgebiet, diesen schlimmsten Brennpunkt der wirtschaftlichen Ereignisse, beschränkt geblieben: Sie ist auch in Köln und in Düsseldorf aufgerauscht, in Dresden und in Bautzen gab es bedenkliche Unruhen und aus anderen Orten laufen fortgesetzt ernste Nachrichten ein über die Verzweiflung der Massen, über die Empörung angesichts der riesenhaft anwachsenden Teuerung, über die Neigung der Arbeiterschaft, durch Streik eine Erhöhung der Einnahmen und damit eine Besserung ihrer Lage erzwingen zu wollen.

Regierung und Reichstag sind gewarnt. Den Kopf in den Sand zu stecken, wäre die verkehrteste Politik. Aber sieht es nicht manchmal so aus, als ob die verantwortlichen Männer Deutschlands der Vogelsträußpolitik huldigten? Nicht darauf kommt es heute an, in Ausschüssen und Konferenzen mit viel Klugheit und fachlicher Durchdringung der Materie festzustellen, woher das Unglück kommt und warum es gegenwärtig so groß ist: Sondern es kommt darauf an, daß schnell geholfen wird. Und mehr denn je verlangt das Volk in seiner breiten Masse Führung von seiten der Regierung. Es sieht nur die äußeren Vorgänge: daß die Preise täglich wachsen und sich überstürzen, daß die Kaufkraft der Mark schwindet wie Schnee in der Märzensonne, und daß — das aufreizendste! — Wucherer und Großverdiener wiederum ihren vollen Tag feiern. Wo ist, so fragen die Massen, die große Aktion, die der furchtbaren Preissteigerung auch nur etwas Einhalt tun könnte? Wir sehen nicht, daß irgend etwas geschieht.

Am meisten leidet der Mittelstand, der langsam dahinsiecht. Rentner aller Art wissen ihr Leben bei den hohen Preisen nicht mehr zu fristen. Aber auch die breite Masse der Arbeitnehmer leidet in immer wachsendem Maße Not. Es ist schon lange nicht mehr richtig, daß, wie man so häufig hören kann, die Arbeiterschaft es verstanden habe, ihre Lebensführung durch Angleichung der Löhne an die Teuerungsverhältnisse aufrechtzuerhalten. Auch im Arbeiterhaushalt ist Schmalhans Küchenmeister, wenn nicht gerade mehrere Mitglieder der Familie berufliche tätig sein und ein gutes Stück Geld gemeinsam verdienen können. Wie überall, so wächst auch in der Arbeiterschaft mit den Teuerungspreisen die Not, Neuanschaffungen für Kleidung und sonstigen Bedarf müssen unterbleiben, und die tägliche Nahrung wird zusehends dürftiger und knapper.

Die Nahrungssorgen fressen am Mark unseres Volkes. Wie soll insbesondere der Arbeiter, der in schwerem Dienste die wirtschaftlichen Güter schaffen muß, Mark und Kraft in den Knochen haben, wenn ihm und seiner Familie nicht das nötige Quantum und die unentbehrliche Qualität an Nahrungsmitteln zugutekommt? Ein schwer arbeitendes Volk wie das unsere muß ausreichend genährt sein, alles andere tritt hinter diese Urnotwendigkeit zurück, leider auch die Pflege der Kulturgüter, auf die wir, wie es scheint, in wachsendem Maße zu verzichten lernen müssen. Erst leben, um zu arbeiten, dann erst kann von der Verfeinerung des Lebens geredet werden.

Wir verstehen und würdigen also die Stimmung der Arbeiterschaft, die zum Streiken drängt, um dadurch höhere Löhne zu erhalten. Wir richten auch an die Arbeitgeber, die noch verdienen und in nicht seltenen Fällen noch reichlich verdienen können, den dringenden Appell, gerade in dieser Zeit in der Frage der Lohnerhöhung möglichst großzügig zu denken und zu handeln. Ein Zusammenbruch der Arbeit bedingt auch ein Zusammenbrechen ihrer Einnahmequellen; wenn auch angesichts der Geldentwertung die namentlich von feindlicher Seite ausgestreuten Behauptungen über die ungeheuren Gewinne der Industrie vielfach übertrieben sind. Wenn hier und da schon Kurzarbeit oder gar Stillegung in erschreckendem Umfang eintreten mußten, so wird es doch in vielen anderen Fällen noch wirtschaftlich erträglich sein, der Not der Arbeiterschaft durch Eingehen auf ihre berechtigten Wünsche zu steuern und damit schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens durch umfangreiche Streiks zu vermeiden.

Aber auch an die Arbeiterschaft muß die Mahnung gerichtet werden, Einsicht und Besonnenheit zu wahren und sich gerade in der heutigen Zeit, in der ihnen für ihre Lohnkämpfe weite Kreise des Bürgertums Verständnis entgegenbringen, nicht von Hetzern und Aufwieglern beeinflussen und in Richtungen drängen zu lassen, die ganz abseits stehen von den an sich berechtigten Forderungen nach Brot und Lohn für Mann, Frau und Kind. Die gefährlichen Fantasten, die vielleicht ehrlich der Meinung sind, daß erst einmal alles kurz und klein geschlagen werden muß, ehe es besser werden kann, sind die schlechtesten Wegenossen für unsere deutsche Arbeiterschaft. Diese ist durch jahrzehntelange Schule in ihrer überwiegenden Mehrheit zu der Erkenntnis gekommen, daß das Heil, wenn überhaupt, nur erreichbar ist in Anlehnung an den bestehenden demokratischen Staat und an eine gesunde, nüchterne Gewerkschaftspolitik. Ein Zerschlagen der Grundlagen des deutschen Wirtschaftslebens kann nur vertiefstes Elend zur Folge haben. Ein hungerndes Volk, das fortgesetzt streikt und nicht arbeitet, wird nur noch mehr hungern müssen. Die deutsche Arbeiterschaft, die jetzt gerade beim Ruhreinbruch ihren nationalen Sinn und ihren gesunden Kern so glänzend erwiesen hat, muß und wird einsehen, daß die kommunistisch-syndikalistischen Rezepte das Unglück nur verschlimmern, und daß leidenschaftliche, langdauernde Wirtschaftskämpfe die allgemeine Not nur steigern.

Vor der deutschen Note.

Gänzliche Umarbeitung!

Der Termin für die Ueberreichung der neuen deutschen Note hat sich, wie die „Welt am Montag" von unterrichteter Seite erfährt, dadurch verzögert, daß die Reichsregierung auf den Bescheid der Vertrauenspersonen gewartet habe, die zur Sondierung der Stimmung in maßgebenden englischen Kreisen nach London entsandt worden waren. Sie hatten aber nicht von besonders günstigen Eindrücken berichten können. Die amtlichen Stellen hatte sie nicht zu sehen bekommen, und die nichtamtlichen Kreise, mit denen sie in Verbindung kamen, hatten die deutschen Vorschläge mehr oder weniger deutlich als unzureichend bezeichnet. Der Reichskanzler habe aber jetzt auf anderem Wege aus England eine Information erhalten, die es ihm ermöglicht, eine Note abzufassen, bei der von vornherein er der Zustimmung Londons sicher zu sein glaubt. Sie soll keine präzisen Angaben über die Höhe der deutschen Zahlungen enthalten, weder Gesamtsumme noch Jahreszahlung, sondern alle Einzelheiten auch über den Zahlungsmodus der Entscheidung der internationalen Sachverständigen überlassen. Die gesamte deutsche Wirtschaft soll, wie es weiter heißt, auf die Dauer von 10 Jahren für eine Gesamtsumme von 500 Millionen Goldmark eine dringliche Garantie übernehmen.

In parlamentarischen Kreisen ist man, so schreibt das Blatt, über diese Wendung der Dinge einigermaßen überrascht, denn bis in die letzten Tage hinein haben sich die Sozialdemokraten sowohl als auch die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft eifrig bemüht, die Regierung zu einem Angebot zu bestimmen, in dem der Gegenwartswert der deutschen Gesamtverpflichtung mit 30 Milliarden Goldmark anerkannt werden sollte. Wie es heißt, soll die neue Note wenigstens die Garantien schärfer umreißen. Endgültige Beschlüsse liegen aber in dieser Beziehung noch immer nicht vor. Offenbar schwankt man noch zwischen der im wesentlichen dem Vorschlag des Reichsverbandes der Industrie angepaßten Idee einer Hypothek auf den Sachbesitz und den vom Reichsfinanzministerium ausgehenden Plan einer starken Vermögensbesteuerung auf der Grundlage des Gemeinwertes.

Opferbereitschaft des Reichslandbundes.

Gestern nachmittag traten der engere Vorstand und die Vertreterversammlung des Reichslandbundes zu einer Sitzung zusammen, um sich nochmals mit dem Garantieproblem zu beschäftigen. Der Standpunkt, der innerhalb des Reichslandbundes vertreten wird, ist der, daß die Landwirtschaft unter der Voraussetzung, daß Zahlungen an die Gegenseite tatsächlich Sinn haben, grundsätzlich bereit ist, Opfer auf sich zu nehmen, vorausgesetzt daß die Höhe der Opfer die Fortführung der Wirtschaft nicht unmöglich macht oder zu stark beeinträchtigt. Man hebt nachdrücklich hervor, daß die Landwirtschaft nicht die Absicht habe, der Reichsregierung irgendwelche Schwierigkeiten zu machen oder zurückzustehen, wenn es gelte, ein Opfer für die Allgemeinheit zu übernehmen. Der Reichslandbund habe bisher davon abgesehen, eine Denkschrift auszuarbeiten, da sich auch die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft sehr schwer ziffernmäßig festlegen lasse.

Beginn der Brüsseler Konferenz am Mittwoch.

Die Brüsseler Besprechungen zwischen Poincaré und den belgischen Ministern Theunis und Jaspar werden am kommenden Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, beginnen. Poincaré wird von dem Finanzminister de Lastevrie und dem Arbeitsminister Le Trocquer begleitet sein. Außerdem werden sich General Degoutte und der Vorsitzende der Interalliierten Rheinlandkommission Tirard in Brüssel einfinden. Man nimmt an, daß die französischen Minister am nächsten Tage wieder nach Paris zurückkehren werden. Die Brüsseler Besprechungen werden an die belgische Denkschrift anknüpfen, die am Quai d'Orsay seit einigen Tagen studiert wird. Es handelt sich darum, einen „Verwaltungsrat" für die wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebiets zu schaffen, außerdem ein Mindestprogramm auszuarbeiten, das den zu erwartenden neuen deutschen Vorschlägen unverzüglich entgegengehalten werden kann.

Französisch-belgische Forderungen.

Der Brüsseler Korrespondent des „Echo de Paris" berichtet zu den bevorstehenden französisch-belgischen Besprechungen, das Brüsseler Kabinett stehe auf dem Standpunkt, daß es diesmal nicht mehr angebracht sein werde, die neuen deutschen Vorschläge mit einem Platzhalter zu beantworten. Wenn die Vorschläge dieses Mal als unannehmbar befunden würden, so würde man sie nach Ansicht der belgischen Regierung durch Gegenvorschläge bekämpfen müssen, die so klar und so praktisch wie möglich sein müßten. Wenn auch die belgische Regierung in der Besetzung des Ruhrgebiets ein Druckmittel erblicke, so bedeute das keineswegs, daß die belgische Regierung heute geneigt sei, leichthin das Pfand fahren zu lassen. Bei den Brüsseler Besprechungen würden die in Paris überreichten technischen Memoranden an erster Stelle stehen. Bis jetzt hätten das Pariser und das Brüsseler Kabinett sich über die Aufstellung von zwei allgemeinen Grundsätzen verständigt: Erstens, Verhandlungen mit Deutschland würden so lange unangebracht sein, als der Widerstand gegen die Politik vom 11. Januar nicht eingestellt sei. Zweitens: Das Ruhrgebiet werde nur in unmittelbarem Verhältnis zu den geleisteten Zahlungen geräumt werden. Der zweite Grundsatz sei in ziemlich schwankenden Wendungen formuliert worden.

Wie verhält sich England?

Baldwin wünscht persönliche Aussprache mit Poincaré.

Der englische Premierminister Baldwin erklärte in einem Interview mit Millet im „Petit Parisien", daß er demnächst hoffe, Gelegenheit zu finden, über das Schuldenproblem sich mit Poincaré persönlich aussprechen zu können. Bis dahin hoffe er, daß weder das Reparationsproblem, noch irgend ein mit der Besatzungsfrage im Zusammenhang stehendes Problem unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten könne. England sei an der Frage der Sicherheit Frankreichs und Belgiens interessiert, besonders im Interesse des europäischen Friedens. Die zu lösenden Schwierigkeiten aller europäischen Fragen seien groß, aber nicht unüberwindlich.

Vor einer Regierungserklärung über die Reparationsfrage.

„Newyork Herald" berichtet aus London: Stanley Baldwin und Lord Curzon werden, wie man glaubt, im Laufe dieser Woche im Unterhaus die Stellung der neuen Regierung zu dem Reparationsproblem bekanntgeben. In politischen Kreisen gibt man sich der Vermutung hin, daß Baldwin den von Bonar Law der Pariser Konferenz vorgelegten Plan in seinen Hauptlinien beibehalten werde. Weiter verlautet, daß der Premierminister der Einsetzung einer internationalen Sachverständigenkommission zwecks Beurteilung der deutschen Zahlungsmöglichkeit nicht ungünstig gegenüberstehe. Schließlich wird behauptet, daß Baldwin den Vorschlag von Lord Robert Cecil unterstütze, wonach das Rheinland zu entmilitarisieren sei und der Völkerbund die Oberhoheit über dasselbe übernehme. (?)

Hoffnungen auf Baldwin.

„Sunday Times" und „Observer" heben in ausführlichen Artikeln die Notwendigkeit einer unverzüglichen Regelung der Ruhr- und der Reparationsfrage durch die neue britische Regierung hervor. „Sunday Times" erklärt: Wenn eine europäische Katastrophe abgewendet werden solle, so müsse eine rationelle Regelung in Deutschland erzielt werden. Es bestehe ein starker und nicht unvernünftiger Glaube, daß unter Baldwin die britische Politik mehr Rückgrat erhalten werde als während der letzten sechs Monate.

Mehr Aufklärung Amerikas über die französischen Ruhrverbrechen!

Wie wenig noch immer Amerika von der Wahrheit über die Ruhr erfährt, geht aus einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" hervor, in der aus Newyork folgendes berichtet wird: Ein großer Teil der amerikanischen Presse enthält zum ersten